



Rendsburg, 01. April 2014

Pressemitteilung

Kritik am geplanten Filtererlass für Schweineställe

Schwarz: Habeck fördert Massentierhaltung

Als „Angriff auf unsere bäuerliche Tierhaltung“ kritisierte Bauernverbandspräsident Werner Schwarz heute den Entwurf eines Filtererlasses für Schweineställe aus dem Kieler Landwirtschaftsministerium.

Bauern mit Schweineställen in üblicher Größe sollen demnächst nicht nur bei Neubau, sondern auch bei bestehenden und langjährig genehmigten Ställen einen Filter einbauen. „Das sind keine Industrieanlagen, sondern mehrere hundert bäuerliche Betriebe in Schleswig-Holstein, die eine Familie mit zwei bis drei Generationen ernähren“, so Schweinehalter Schwarz.

Heute kostet eine übliche Stalllüftung etwa 30 bis 40 € je Stallplatz. Ein Filter würde die Kosten um etwa 65 € Platz nach oben treiben. Der nachträgliche Einbau in Ställe, wie sie heute auf den Höfen stehen, würde mit dem drei- bis vierfachen zu Buche schlagen. Diese Nachrüstung soll laut Habeck innerhalb von fünf Jahren erfolgen oder der Betrieb muss die Zahl seiner Tiere entsprechend reduzieren.

Die bäuerlichen Tierhalter könnten die Kosten dafür nicht aufbringen, so Schwarz. Habeck erzwingt damit die Aufgabe der bäuerlichen Schweinehaltung. Die vorgeschriebenen Filter rechneten sich nur noch in Großanlagen, die dann nicht mehr von Bauern in Schleswig-Holstein betrieben würden. So exportiere man die Schweinehaltung nach Osteuropa oder Südamerika ohne zu fragen, wie es dort um Tier- und Umweltschutz bestellt sei. „Der Minister zwingt uns, zwischen Streichelzoo und Agrarindustrie zu entscheiden. Das wollen wir nicht.“ betonte Schwarz. Denn Folge sei eine Massentierhaltung, die niemand wolle.

Schwarz fühlt sich dadurch bestätigt, dass entsprechende Erlasse in den schweinedichten Regionen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erheblich mehr Spielraum lassen. „Dort wissen offenbar selbst grüne Landwirtschaftsminister, dass man die Höfe nicht über Gebühr belasten darf.“

In Schleswig-Holstein aber sei eine Schweinehaltung in der Hand bäuerlicher Familien demnächst Geschichte, wofür dann Rot-Grün-Blau in Kiel Verantwortung trage.

Das sei der Weg in eine Museumslandwirtschaft, die offenbar das politische Leitbild der Landesregierung sei, so merkt Schwarz kritisch an, denn dazu passe, dass Justizministerin Spoorendonk vielen Gehöften per Gesetz und ohne Anhörung einen strengen Denkmalschutz überstülpen wolle.

Weitere Fragen beantwortet Ihnen gerne:

Klaus Dahmke • Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

k.dahmke@bvsh.net

Telefon 0 43 31/12 77-21 • Fax 0 43 31/2 61 05 • Mobil 01 71/ 9 72 73 32

www.bvsh.net

Postanschrift

Postfach 821
24758 Rendsburg

Weitere Fragen beantwortet Ihnen gerne:

Klaus Dahmke • Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

k.dahmke@bvsh.net

Telefon 04331/12 77-21 • Fax 04331/2 61 05

Mobil 0171/9727 332

Postanschrift

Postfach 821
24758 Rendsburg
www.bvsh.net